zu 01.453

**Parlamentarische Initiative
Steuerbefreiung für Beiträge zur Unterstützung
der wissenschaftlichen Forschung (Stump)**

**Bericht vom 18. Februar 2003 der Kommission für Wirtschaft und
Abgaben des Nationalrates**

Stellungnahme des Bundesrates

vom 30. April 2003

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren,

zum Bericht vom 18. Februar 2003 der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates betreffend Steuerbefreiung für Beiträge zur Unterstützung der wissenschaftlichen Forschung nehmen wir nach Artikel 21^{quater} Absatz 4 des Geschäftsverkehrsgesetzes (GVG) nachfolgend Stellung.

Wir versichern Sie, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, unserer vorzüglichen Hochachtung.

30. April 2003

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident: Pascal Couchepin
Die Bundeskanzlerin: Annemarie Huber-Hotz

Stellungnahme

1 Ausgangslage

Nationalrätin Doris Stump reichte am 5. Oktober 2001 eine Parlamentarische Initiative ein, die für die Verteilung von Forschungsgeldern auf im Rahmen eines Projektes beteiligte Partner im universitären und ausseruniversitären Bereich sowie für die zwischen den Forschungsbeteiligten erbrachten Leistungen die Befreiung von der Mehrwertsteuer verlangt. Am 26. September 2002 gab der Nationalrat der Parlamentarischen Initiative auf Antrag ihrer Kommission einstimmig Folge¹. Die Parlamentarische Initiative wurde der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates zur Ausarbeitung einer Vorlage zugeteilt. Die Kommission beriet einen entsprechenden Entwurf unter Bezug der Eidgenössischen Steuerverwaltung an ihren Sitzungen vom 17./18. Februar 2003. Sie verabschiedete am 18. Februar 2003 den Bericht und den Gesetzesentwurf mit 19 zu 0 Stimmen ohne Enthaltungen zuhanden ihres Rates.

2 Beurteilung des Vorschlages der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates

Mit der vorliegenden Parlamentarischen Initiative soll einerseits der Artikel 33 Absatz 6 Buchstabe c des Bundesgesetzes vom 2. September 1999 über die Mehrwertsteuer ergänzt werden. Diese Ergänzung besteht darin, dass auch diejenigen Beträge, die eine Forschungsgemeinschaft erhält und an Personen und Institutionen weiterleitet, welche am gleichen Forschungs- oder Entwicklungsprojekt beteiligt sind, nicht zum Entgelt gehörende Beiträge darstellen, falls es sich beim Beitragsempfänger um eine Forschungsgemeinschaft handelt. Die Nationalen Forschungsschwerpunkte (NFS) beispielsweise bestehen aus einem Kompetenzzentrum (Leading House) und einem damit verbundenen Netz von Partnern und Partnerinstitutionen aus dem Hochschulbereich oder ausserhalb des Hochschulbereichs. Das Leading House eines NFS leitet die Beiträge, welche es vom Schweizerischen Nationalfonds erhält, an seine Partner weiter, welche die einzelnen Teilprojekte realisieren. Es handelt sich dabei um ein Weiterleiten von Subventionen und das gilt auch für die im Zusammenhang mit den budgetierten Reserven gesprochenen Subventionen, die nicht von vornherein einem Teilprojekt zugeordnet werden, sondern deren Verteilung in die Kompetenz des Leading House fällt. Dieses Weiterleiten von Subventionen soll gemäss der neuen Ergänzung des Artikels 33 Absatz 6 Buchstabe c des Mehrwertsteuergesetzes nicht mehr der Mehrwertsteuer unterliegen. Da sich dieser Vorgang nicht nur bei den NFS so abspielt, sondern auch bei Beiträgen der Schweizerischen Universitätskonferenz (SUK) und bei EU- und weiteren internationalen Forschungsprojekten, würde diese Regelung für alle entsprechenden Fälle gelten. Nach dem geltenden Recht ist eine Steuerbefreiung von Beiträgen zur Unterstützung der wissenschaftlichen Forschung von Forschungsgemeinschaften grundsätzlich nur für den unmittelbar ersten Beitragsempfänger vorgesehen. Die Eidgenössische Steuerverwaltung hat zwar für Subventionsgeber wie z.B. den Schweizerischen Nationalfonds eine gewisse Erweiterung dieser Regel vorgesehen,

¹ AB 2002 N 1466